



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 374 2004/2009

von Silvio Bonzanigo

namens der CVP-Fraktion

vom 11. März 2008

(StB 820 vom 10. September 2008)

**Wurde anlässlich der
51. Ratssitzung vom
23. Oktober 2008 über-
wiesen.**

Strassenmusik von Kindern verhindert Bildung und missachtet das Verbot der Kinderarbeit

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Der Stadtrat nimmt die detaillierten Ausführungen des Postulats zur Kenntnis und stimmt den darin enthaltenen Feststellungen zum Thema Strassenmusik und Kinderarbeit zu.

Umgang mit Strassenmusik

Zum generellen Umgang mit dem Thema Strassenmusik wird auf die Behandlung diverser Vorstösse in den letzten Jahren verwiesen (Antworten zur Motion 223, Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 15. Januar 2007: „7 Strassenmusikanten sind genug!“ zur Interpellation 270, Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 25. März 2003: „Verwahrloste und bettelnde Strassenmusikanten aus Osteuropa“ sowie zur gleichlautenden Motion 271 vom 25. März 2003).

Strassenmusik als Kinderarbeit und als Verstoss gegen das Recht auf Bildung

Das vorliegende Postulat nimmt sich eines besonderen Aspekts der Strassenmusik an: Strassenmusik als Form von Kinderarbeit. Die Rechtslage, wie sie auch in der Stellungnahme der Organisation „Kinderschutz Schweiz“ korrekt wiedergegeben wird, ist jedoch so, dass es sich bei Strassenmusik nicht um Kinderarbeit im engeren Sinne handelt, die gemäss Kinderrechtskonvention unzulässig wäre. Schwerwiegender erscheint aber die Tatsache, dass die betreffenden Kinder und Jugendlichen keinen Schulunterricht haben und so in ihren Bildungsmöglichkeiten stark eingeschränkt werden.

Da das Recht auf Bildung und die Pflicht zum Volksschulunterricht mit dem Wohn-, bzw. Aufenthaltsort verknüpft ist, die musizierenden Kinder und Jugendlichen aber als Touristen unterwegs sind, besteht für die Gemeinwesen keine Verpflichtung zur Organisation eines

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

Volksschulunterrichts. Um das Musizieren der Kinder zu unterbinden, wären entweder entsprechende Regelungen bei der Benützung von öffentlichem Grund (durch die Stadt) bzw. entsprechende bundesrechtliche Regelungen betreffend den Aufenthalt in der Schweiz zu erlassen. Ob jedoch ein Verbot der Strassenmusik von Kindern und Jugendlichen dazu führt, dass diese in ihren Heimatländern die Schule besuchen, ist sehr fraglich.

Die Städteinitiativen „Bildung Volksschule“ und „Sozialpolitik“

Die „Städteinitiative Bildung Volksschule“ und die „Städteinitiative Sozialpolitik“ sind Zusammenschlüsse von Schweizer Städten (SBV: 23 Städte, SI: 48 Städte), die sich als privatrechtliche Vereine nach Art. 60 ff. ZGB konstituiert haben. Sie haben zum Ziel, in ihrem jeweiligen Bereich einen Austausch zwischen den Mitgliedsstädten zu pflegen, aktuelle Themen zu diskutieren und mit entsprechenden Positionen an die Öffentlichkeit zu gelangen und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Wie bereits in der Antwort auf die Interpellation 363, Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion und Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion vom 12. Februar 2008: „Warum verlangt der Luzerner Stadtrat die Aufhebung der Langzeitgymnasien?“ festgehalten, vertreten die Mitglieder in dieser Organisation ihre persönlichen Meinung. Dabei kann die Position einer Stadtexekutive von der Mehrheitsmeinung einer Städteinitiative vollständig abweichen. Man nimmt diese Situation in Kauf, um ein schnelles und effizientes Handeln, ein freies Denken und die Förderung von Ideen und Denkanstössen zu ermöglichen. Das heisst aber auch: der Stadtrat von Luzern kann in den genannten Organisationen die Behandlung eines Themas zwar anregen, das weitere Vorgehen liegt aber in der Kompetenz der beiden Vereine.

Stellungnahme des Kinderparlaments (Kipa)

„1. Forderung: Das Thema „Kinder-Strassenmusikanten“ soll in Schweizer Städten diskutiert werden. Das Kipa unterstützt diesen Vorschlag.

2. Forderung: Handlungsempfehlungen für Schweizer Städte. Das Kipa unterstützt diesen Vorschlag. Alle Städte sollen von der gleichen Grundlage ausgehen.

3. Forderung: Der Bundesrat soll mit den Herkunftsländern der Musikanten Verhandlungen aufnehmen, um die Länder auf die Kinderrechte (Bildung) und eine verbesserte Integration (besonders in der Bildung) der Kinder zu erreichen. Das Kipa unterstützt diesen Vorschlag, zweifelt aber daran, dass es etwas verändern wird.“

Stellungnahme des Jugendparlaments (Jupa)

„Das Jugendparlament Stadt Luzern unterstützt die drei Forderungen des Postulats. Es ist wichtig, dass genauer untersucht wird, wie die Lebensumstände und Bildungsmöglichkeit der musizierend-bettelnden Roma-Kinder sind. Ebenso findet das Jugendparlament, dass eine

Zusammenarbeit der Schweizer Städte in dieser Frage unumgänglich ist. Wir empfehlen somit dem Stadtrat, auf die Forderungen des Postulats einzugehen und diese umzusetzen.“

Stellungnahme der Schulpflege

Die Schulpflege hat an ihrer Sitzung vom 21. August 2008 das Postulat und den Inhalt der Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Sie stimmt den Ausführungen des Stadtrates zu.

Haltung des Stadtrats

Die zuständigen Stadträte werden die Forderungen des Postulats in die beiden Städteinitiativen „Bildung und Volksschule“ und „Sozialpolitik“ im Herbst / Winter 2008 einbringen. Über das weitere Vorgehen werden die Städteinitiativen jedoch unabhängig von der Haltung der Stadt Luzern entscheiden. Der Stadtrat wird den Grossen Stadtrat schriftlich über die Ergebnisse dieser Anträge informieren.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Stadtrat von Luzern

